



*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

die öffentlichen Haushalte sind Not leidend. Geld fehlt an allen Ecken und Enden. Diese Klage hören wir von allen Finanzministern, im Bund und in den Ländern. Sparen heißt die Devise! Dabei ist Allen klar, an vielen Positionen schon so schmerzhaft gespart zu haben, dass mehr nicht mehr geht. Die öffentlichen Haushalte können nicht von der Ausgabenseite her saniert werden, sondern im Wesentlichen nur über die Einnahmenseite. Dabei rede ich hier keiner Steuererhöhung das Wort, sondern mahne wieder einmal alle Verantwortlichen, die vorhandenen Steuerquellen voll auszuschöpfen. Und dies geht nur mit einer intakten Steuerverwaltung und mit entsprechenden gesetzlichen Vorschriften. Die Finanzminister stocken aber das Personal nicht auf - sondern im Gegenteil - bauen noch ab. Die Arbeit wird auch nicht erleichtert, sondern sie wird erschwert.

Wenn man den Lärm um die Kontenabfrage deutet, erscheint der Schluss zwingend, dass eine intakte Steuerverwaltung von einer Mehrheit überhaupt nicht gewollt wird. Umso mehr sind die Finanzminister gefordert, denn sie haben den Eid auf unsere Verfassung geschworen, Nutzen zu mehren und Schaden abzuwehren. Gemeint ist dabei nicht der Nutzen Einzelner oder der Schaden für bestimmte Gruppen, sondern das Gemeinwohl des Staates. Der Staat ist kein anonymes Gebilde, der Staat sind wir alle.

Steuerhinterzieher schaden deshalb uns allen. Oft hat es den Eindruck, dass nur noch die Beschäftigten der Steuerverwaltung Steuergerechtigkeit wollen. Ein Unternehmermagazin meint in der jüngsten Ausgabe „Die Wirtschaft stagniert, der Steuerstaat rüstet dagegen zum 1. April weiter kräftig auf.“ Es wird berichtet, das Kontrollnetz würde sich immer weiter verdichten. Das Geldwäschegesetz, die ZAUBER-Datei, die digitale Betriebsprüfung, die Internetkontrolle, die Jahresbescheinigungen über Kapitalerträge, das Kontoabrufverfahren und die EU-Kontrollmitteilungen werden als sehr hohes Ausspähpotential betitelt. In diese

Richtung gingen die Umsatzsteuernachschau, das Kontenabrufverfahren, die Schwarzarbeitsbekämpfung und die geplante Identifikationsnummer.

Gleichzeitig ermittelte das Blatt das schärfste Finanzamt mit den unnachgiebigsten Beamten und das pragmatischste Finanzamt mit den entgegenkommendsten Beamten. Pro Finanzamt wurden 5 Steuerberater nach ihrer Einschätzung gefragt, die erreichbare Höchstpunktzahl für das schärfste Finanzamt wären 10.000 Punkte. Das aus den Augen der Fragesteller erstrebenswerteste Finanzamt hätte danach 0 Punkte. Wie immer man solche Umfragen werten mag, bleibt festzuhalten, dass es kein Finanzamt auf 10.000 Punkte aber auch keines auf 0 Punkte gebracht hat. Die Spanne im Länderranking reicht von 5.813 bis 4.271 – also eine gesunde Mitte. Beim Ranking der 575 Finanzämter reicht die Spanne von 7.507 bis 2.199 Punkte. Eine relativ große Spanne, die zum Teil in der unterschiedlichen Arbeitsweise der Finanzämter begründet ist, mindestens aber auch zum gleich großen Teil die unterschiedliche Qualität der befragten Steuerberater widerspiegelt. Die Finanzämter haben die Aufgabe Steuern festzusetzen - eine für den betroffenen Bürger unangenehme Tätigkeit. Dass in dem Ranking in diesem Spannungsfeld das Gros der Finanzämter in der Mitte liegt, zeigt, dass sich alle Kolleginnen und Kollegen bei ihrer täglichen Arbeit mühen, diese schwierige Arbeit bestens zu meistern. Trotz schlechter Rahmenbedingungen ist das Gerechtigkeitsgefühl der Kolleginnen und Kollegen noch nicht verschüttet.

Ihr

Dieter Ondracek

DSTG Bundesvorsitzender